

Boss, Alfred et al.

Article — Digitized Version

Produktionsabschwächung in Deutschland nur vorübergehend

Die Weltwirtschaft

Provided in Cooperation with:

Kiel Institute for the World Economy (IfW)

Suggested Citation: Boss, Alfred et al. (1999) : Produktionsabschwächung in Deutschland nur vorübergehend, Die Weltwirtschaft, ISSN 0043-2652, Springer, Heidelberg, Iss. 1, pp. 29-48

This Version is available at:

<http://hdl.handle.net/10419/2261>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Produktionsabschwächung in Deutschland nur vorübergehend

Von **Alfred Boss, Jörg Döpke, Jan Gottschalk, Christophe Kamps, Carsten-Patrick Meier, Joachim Scheide, Rainer Schmidt**
und **Hubert Strauß**

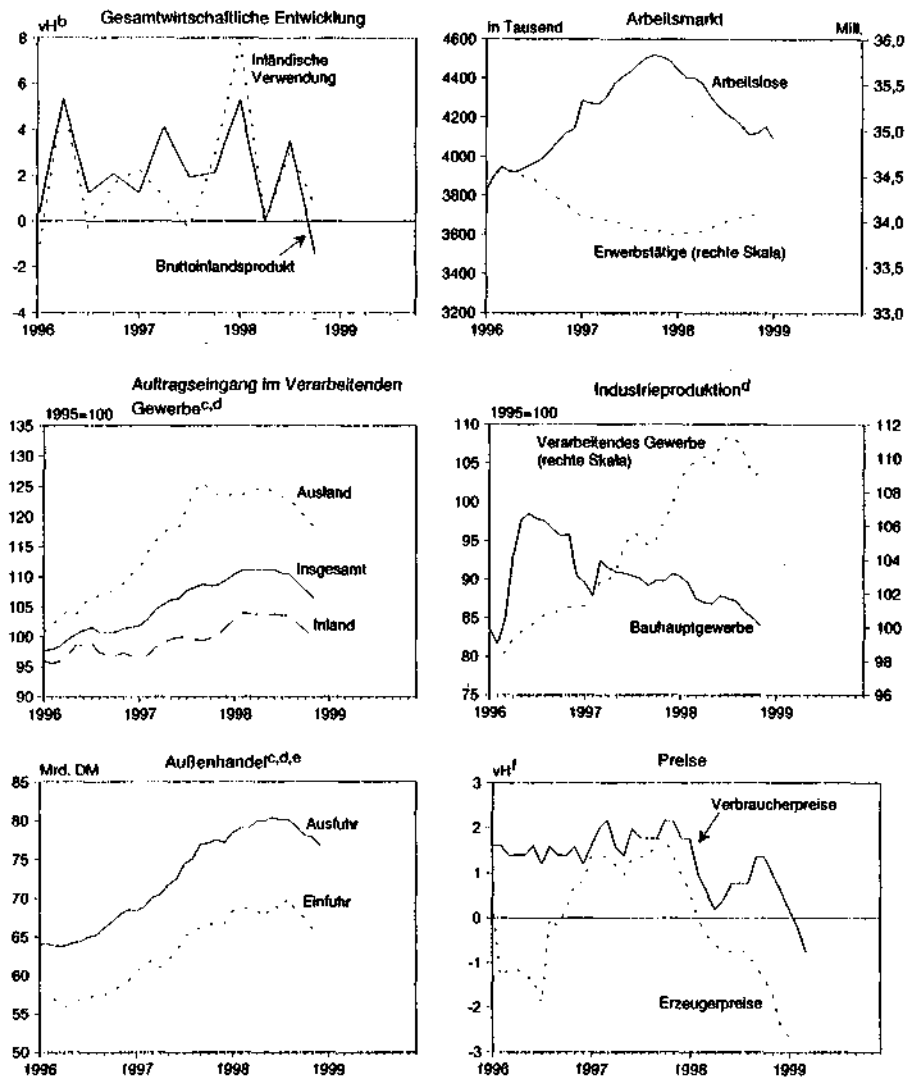
Die Konjunktur hat sich in Deutschland nach dem Sommer deutlich abgeschwächt. Das reale Bruttoinlandsprodukt nahm im letzten Vierteljahr 1998 arbeitstäglich- und saisonbereinigt mit einer laufenden Jahresrate von 1,5 vH ab (Schaubild 1), wobei der Rückgang allerdings auf Westdeutschland beschränkt blieb. Die Auftragsgänge in der Industrie und der Index des Geschäftsklimas, die bereits seit dem Sommer rückläufig waren, sanken in jüngster Zeit weiter. Zu Beginn des laufenden Jahres wird die gesamtwirtschaftliche Produktion allenfalls leicht steigen.

Die konjunkturelle Abschwächung läßt sich im wesentlichen auf den Rückgang der Auslandsnachfrage zurückführen. Die Exporte, die bereits im dritten Quartal stark abgeflacht zugenommen hatten, verminderten sich im vierten Quartal mit einer laufenden Jahresrate von 8,6 vH. Maßgeblich hierfür waren die krisenhaften Entwicklungen in einigen Regionen der Weltwirtschaft. Die Lieferungen nach Brasilien wurden stark eingeschränkt; die Ausfuhren nach Rußland halbierten sich sogar im Vergleich zum Vorjahr. Gleichzeitig nahm die Ausfuhr in die Länder Westeuropas kaum zu. Vom Rückgang der Ausfuhr besonders betroffen waren Hersteller von Investitionsgütern. Die immer noch weniger exportorientierte ostdeutsche Wirtschaft mußte im Vergleich zur westdeutschen geringere Produktionseinbußen hinnehmen.

Bei den Unternehmen in Deutschland ließ die Bereitschaft, Kapital durch den Kauf neuer Ausrüstungen und Bauten zu binden, deutlich nach; die Ausrüstungsinvestitionen stagnierten. Dies wird zum Teil ein Reflex auf das weitere Nachlassen der Auslandsnachfrage gewesen sein. Die Unsicherheit hinsichtlich der Wirtschafts- und Steuerpolitik der neuen Bundesregierung sowie bezüglich des Ergebnisses der bevorstehenden Tariflohnverhandlungen dürfte die Investitionsneigung allerdings ebenfalls geschwächt haben. In der Folge trübte sich das Geschäftsklima in Deutschland stärker ein als in den EWU-Ländern.

Der private Verbrauch wirkte bis zuletzt konjunkturstützend. Das Konsumklima verbesserte sich in letzter Zeit sogar und stand damit im Gegensatz zu den sich verschlechternden Geschäftserwartungen in den Unternehmen. Der Konsum wurde gestützt durch die Verbesserung der Arbeitsmarktlage, die absehbare Erhöhung des Kindergeldes und die Erwartung höherer Tarifföhne.

Auf dem Arbeitsmarkt kam der bis zum Herbst 1998 beobachtbare Beschäftigungsaufbau im November zum Stillstand. Dafür war zum einen der ungewöhnlich frühe Einbruch des Winters verantwortlich. Zum anderen nahm zu Beginn des neuen Jahres insbesondere die verarbeitende Industrie verstärkt Entlassungen vor und meldete weit über das saisonübliche Maß Kurzarbeit an. Die saison-

Schaubild 1: Indikatoren^a zur Konjunktur in Deutschland

^aSaisonbereinigt. - ^bVeränderung gegenüber dem Vorquartal, laufende Jahresrate in vH. - ^cReal. - ^dGleicher Dreimonatsdurchschnitt. - ^eWaren in der Abgrenzung der Außenhandelsstatistik. - ^fVeränderung in den vergangenen sechs Monaten auf Jahresrate hochgerechnet.

bereinigte Arbeitslosenquote ist binnen Jahresfrist um einen Prozentpunkt von 11,5 vH im Februar 1998 auf 10,5 vH im Februar 1999 zurückgegangen, wozu auch die Ausweitung der aktiven Arbeitsmarktpolitik und der fortgesetzte Rückgang des Arbeitsangebots beitragen.

Die Verbraucherpreise blieben im vergangenen Jahr nahezu stabil. Die Zunahme im Vergleich zum Vorjahr betrug 1 vH. Aufgrund weiter fallender Einfuhr- und Rohstoffpreise sank die Inflationsrate im vierten Quartal sogar deutlich unter diesen Wert; im Januar und Februar 1999 lag sie bei nur 0,2 vH.

Insgesamt hat die wirtschaftliche Aktivität in Deutschland im letzten Vierteljahr 1998 stärker nachgelassen, als dies im vergangenen Herbst von uns erwartet worden war. Vor allem der Rückgang der Auslandsnachfrage war in diesem Ausmaß nicht vorhergesehen worden. Die von uns im Herbst 1998 prognostizierte Konjunkturdelle wird ausgeprägter ausfallen als vermutet. Vor allem wegen der weiterhin günstigen Rahmenbedingungen erwarten wir jedoch, daß die Konjunkturlaute bald überwunden wird.

Monetäre Rahmenbedingungen günstig

Am 1. Januar 1999 hat die Deutsche Bundesbank mit der Einführung des Euro ihre geldpolitischen Befugnisse an die Europäische Zentralbank (EZB) abgegeben. Für die monetären Rahmenbedingungen in Deutschland wird in Zukunft nicht mehr die Bundesbank verantwortlich sein, sondern die EZB. Aktuelle Konsequenzen für die Einschätzung der monetären Situation in Deutschland ergeben sich aus dieser wichtigsten institutionellen Veränderung im Bereich der Geldpolitik seit der Freigabe der Wechselkurse im Jahr 1973 allerdings nicht. Wie die technische Einführung des Euro als neue Verrechnungseinheit, so funktionierte auch die Übergabe der geldpolitischen Kontrolle reibungslos.

Die de facto erste Zinsentscheidung der EZB wurde formal noch von der Bundesbank und den übrigen nationalen Notenbanken im Dezember 1998 vorgenommen; seither liegt der Wertpapierpensionssatz in Euroland einheitlich bei 3,0%. Der Satz für Dreimonatsgeld betrug Anfang März 3,1%. Die Geldmenge M3 bewegte sich im Dezember mit einer Zuwachsrate von 5,9 vH am oberen Rand des von der Bundesbank für 1998 anvisierten Korridors, im Durchschnitt des letzten Quartals lag der Anstieg bei 5,5 vH. Die Geldmenge M1 nahm im Dezember um knapp 10 vH zu. Die Umlaufrendite festverzinslicher Wertpapiere lag Anfang März bei 3,9%. Die schwache Bewertung des Euro gegenüber dem Dollar stimuliert die Nachfrage nach deutschen Erzeugnissen ebenfalls. Insgesamt wirken die monetären Rahmenbedingungen damit weiterhin anregend auf die deutsche Konjunktur. Wir erwarten, daß dies sowohl im laufenden Jahr als auch im kommenden so bleibt.¹

Finanzpolitik leicht expansiv

Die Finanzpolitik hat im Jahr 1998 neutral auf die Konjunktur gewirkt. Die neue Bundesregierung hat den Kurs der Politik etwas geändert; insbesondere im Bereich der Sozialversicherung kommt es zu Mehrausgaben – vor allem deshalb, weil einige Einsparbeschlüsse aus den Vorjahren (z.B. die Einführung eines de-

¹ Zur Geldpolitik der EZB vgl. Boss et al. (1999).

mographischen Faktors bei der Rentenanpassung) rückgängig gemacht worden sind. Die Ausgaben des Staates dürften im Jahr 1999 etwas rascher als das nominale Produktionspotential steigen.² Damit wird die Finanzpolitik leicht expansiv wirken, weil von den abgabenpolitischen Maßnahmen für das Jahr 1999 per saldo weder anregende noch dämpfende Effekte auf die Konjunktur zu erwarten sind. Die Einkommensteuerbelastung wurde zwar zum Jahresbeginn 1999 etwas reduziert, das Kindergeld wurde deutlich erhöht; auch werden rückwirkend zum 1. Januar 1999 der Körperschaftsteuersatz für einbehaltene Gewinne und der maximale Einkommensteuersatz für gewerbliche Einkünfte verringert. Gleichzeitig werden aber die Bemessungsgrundlagen vor allem der Einkommen- und der Körperschaftsteuer durch eine Vielzahl von Neuregelungen verbreitert, so daß sich das Steueraufkommen durch die Maßnahmen insgesamt kaum ändert. Der Anhebung der Mineralölsteuer, der Heizölsteuer und der Erdgassteuer sowie der Einführung einer Stromsteuer ab 1. April 1999 steht die Senkung des Beitragsatzes in der Gesetzlichen Rentenversicherung zum gleichen Zeitpunkt gegenüber; die Staatseinnahmen ändern sich dadurch nicht.

Im Jahr 2000 dürften die Ausgaben des Staates mit rund 3 vH in ähnlichem Tempo wie im Jahr 1999 expandieren. Die zahlreichen Steuerrechtsänderungen, die zum Jahresbeginn 2000 in Kraft treten, werden die gesamtwirtschaftliche Nachfrage wohl etwas stärken. Der Grundfreibetrag bei der Einkommensbesteuerung wird – wenngleich weniger als zu Jahresbeginn 1999 – auf 13 500 DM (je Jahr) angehoben; der Eingangssteuersatz wird um einen Prozentpunkt auf 22,9 vH, der Spitzensteuersatz von 53 auf 51 vH (ohne Solidaritätszuschlag) gesenkt. Die maximale Belastung gewerblicher Einkünfte wird (ebenfalls nach dem „Steuerentlastungsgesetz 1999/2000/2002“) um zwei Prozentpunkte auf 43 vH verringert. Den Mindereinnahmen durch die Steuersatzsenkungen stehen freilich Mehreinnahmen in gleichem Umfang infolge der Verbreiterung der Basis der Einkommen- und der Körperschaftsteuer gegenüber (Kasten 1).

Nach einer Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts sind Familien mit Kindern im Jahr 2000 durch einen zusätzlichen Kinderfreibetrag von 4 000 DM (je Jahr) für das erste Kind und 2 000 DM (je Jahr) für jedes weitere Kind zu entlasten. Für das Jahr 2002 ist die Einführung eines Haushaltsfreibetrags von 5 616 DM (je Jahr) für Ehepaare mit Kindern oder eine vergleichbare Regelung vorgeschrieben. Die Kosten der Kinderbetreuung und -erziehung müssen also bei der Besteuerung verheirateter Eltern und nicht nur bei Alleinerziehenden berücksichtigt werden. Dabei können nach dem Urteil der Kinderfreibetrag oder das Kindergeld erhöht werden. Mit der Entscheidung sind Einkommensteuermindereinnahmen von schätzungsweise 12 Mrd. DM im Jahr 2000 und 25 Mrd. DM im Jahr 2002 verbunden. Wahrscheinlich werden Bund, Länder und Gemeinden darauf mit einer vorsichtigen Ausgabenpolitik reagieren, insbesondere dürften einzelne Subventionen gekürzt werden; letztlich wird es aber wohl zu einer Steuererhöhung kommen. Vermutlich wird der Normalsatz der Mehrwertsteuer (zum

² Die Ausgaben der Gebietskörperschaften werden im Jahr 1999 wohl um 4,5 vH, die des Bundes noch rascher zunehmen; dies beruht vor allem auf der extrem hohen Steigerung des Zuschusses des Bundes an die Gesetzliche Rentenversicherung.

Kasten 1: Steuerpolitik – Reform der Reform?

Parallel zur Steuerreformdebatte im Bundestag und im Bundesrat wird im Auftrag der Bundesregierung eine durchgreifende Reform der Unternehmensbesteuerung von einer Kommission untersucht. „Alle Unternehmenseinkünfte sollen mit einem einheitlichen Steuersatz von höchstens 35 vH belegt werden. Die Reform soll im Jahr 2000 in Kraft treten“ (BMF 1999: Ziff. 66). Die Kommission wird ihren Vorschlag Ende April 1999 vorlegen.

Offenbar ist in dem Vorschlag der Kommission – anders als in den vom Bundesministerium der Finanzen vorgegebenen Leitlinien für die Kommission – vorgesehen, die Gewerbeertragsteuer nicht abzuschaffen, sondern durch eine Anhebung des Freibetrages (für natürliche Personen und Personengesellschaften) und eine Verringerung der Meßzahl zu senken; dies entlastete – wenngleich unterschiedlich stark – Körperschaftsteuerpflichtige und einkommensteuerpflichtige (gewerbesteuerzahlende) Unternehmen. Die Gewinne der Körperschaften sollen bei Einbehaltung und bei Ausschüttung mit maximal 28 vH besteuert werden; zusammen mit der Belastung durch die Gewerbeertragsteuer ergäbe sich (ohne Solidaritätszuschlag) ein Steuersatz von maximal 40 vH. Die Möglichkeit inländischer Anteilseigner, die auf Unternehmensebene auf Dividenden gezahlte Körperschaftsteuer auf die Einkommensteuerschuld anzurechnen, soll beseitigt werden; allerdings sollen Dividenden nur zu 50 vH der persönlichen Einkommensteuer unterworfen oder auf andere Weise ermäßigt besteuert werden. Gewerbliche Einkünfte sollen im Rahmen der Einkommensbesteuerung mit maximal 35 vH belastet werden; hinzu kommt die Gewerbesteuer. Nach unserer Einschätzung wird eine Reform gemäß diesen Vorstellungen allenfalls im Jahr 2001 – und dann bei höheren Steuersätzen – in Kraft treten und die Konjunktur im Prognosezeitraum nicht beeinflussen.

1. April 2000) auf 17 vH erhöht. Die Steuerermehreinnahmen wären dann im Jahr 2000 fast so groß wie die Mindereinnahmen infolge der Entlastung der Familien; der Einfluß der Maßnahmen auf die Konjunktur wäre praktisch Null. Insgesamt bleibt die Finanzpolitik leicht expansiv ausgerichtet.

Lohnpolitik: Überhöhte Abschlüsse gefährden Beschäftigung

Der Abschluß in der Metallindustrie Baden-Württembergs beinhaltet bezogen auf das Kalenderjahr 1999 eine Anhebung der Tarife von 4,2 vH.³ Bei der für das laufende Jahr erwarteten Inflationsrate von 0,4 vH resultiert aus diesem Vertrag eine Realloohnerhöhung von 3,8 vH. Damit haben die Tarifparteien die Grenzen des Verteilungsspielraums deutlich nach oben durchbrochen (siehe Kasten 2). Die infolge der gegenwärtigen konjunkturellen Abschwächung ohnehin vorgezeichnete Tendenz zum Abbau von Arbeitsplätzen besonders im Investitionsgütergewerbe wird durch diesen Lohnabschluß verstärkt. Darüber hinaus muß auch die traditionell gegebene Pilotfunktion der Metallindustrie für die nachfolgenden Abschlüsse der laufenden Lohnrunde in Rechnung gestellt werden. So kam im öffentlichen Dienst ein Vertrag mit einer Laufzeit von 15 Monaten (von Januar 1999 bis März 2000) zustande, der für dieses Kalenderjahr eine Tarifethöhung von

³ Für die gesamte Laufzeit des Vertrages von Januar 1999 bis Februar 2000 errechnet sich eine durchschnittliche Tarifloohnerhöhung von ca. 3,6 vH.

Kasten 2: Ende der Bescheidenheit in der Tarifrunde 1999

Was hat die Gewerkschaften zu den Tarifforderungen der Lohnrunde 1999 bewogen, die weder den zur Verfügung stehenden Verteilungsspielraum noch gar das Interesse der „Outsider“ an der Schaffung zusätzlicher Arbeitsplätze berücksichtigen? Ihr Hauptargument war, daß sich die in den Jahren 1996 bis 1998^a geübte Lohnzurückhaltung insofern nicht ausgezahlt habe, als die Unternehmen hierauf nicht mit der Schaffung einer ausreichenden Zahl neuer Arbeitsplätze reagiert hätten. In der Tat setzte der Beschäftigungsaufbau im Aufschwung 1997/98 erst sehr spät ein, und er war zudem gemessen an früheren Aufschwungsphasen vergleichbarer Intensität sehr moderat. De facto dürfte es jedoch primär um die Durchsetzung eines „Nachholbedarfs“ gegangen sein, wobei der Ausgleich für die Reallohnverluste des Jahres 1997 die Hauptrolle spielte. Dieses Ziel war bereits 1998 angestrebt worden; es erwies sich aber mit Rücksicht auf die damals noch ungünstige Arbeitsmarktlage als nicht realisierbar. In der laufenden Tarifrunde wurde demgegenüber die Verhandlungsposition der Gewerkschaften (an erster Stelle diejenige der IG Metall) wesentlich durch drei Faktoren gestärkt:

- (1) Die Zahl der registrierten Arbeitslosen, die nach einer ökonometrischen Analyse dominierender Einflußfaktor der konjunkturellen Veränderungen der Verhandlungsstärke der Gewerkschaften ist^b, hat saisonbereinigt von Januar 1998 bis zum Januar 1999 um 350 000 Personen bzw. um knapp 8 vH abgenommen. Daß dies nicht nur durch eine Ausweitung der Beschäftigung, sondern wesentlich durch eine Verringerung des Arbeitsangebots sowie durch institutionelle Sonderfaktoren bedingt gewesen ist, wurde offenbar von den Tarifparteien nicht berücksichtigt.
- (2) Bei der in weiten Bereichen des Verarbeitenden Gewerbes besonders in den letzten Jahren rasch gewachsenen Bedeutung des „just-in-time“-Prinzips hätte der von der IG Metall angedrohte Streik wahrscheinlich zu einer Art Dominoeffekt geführt.^c Dies hat die Arbeitgeber bewogen, durch Konzessionen beim Tarifabschluß einen Streik zu vermeiden.
- (3) Von politischer Seite gab es in ungewöhnlicher Weise Unterstützung für stärkere Tarifanhebungen durch die Betonung des „Kaufkraftarguments“ des Lohnes.

^a Speziell bei der IG Metall konzentrierte sich die Phase der Lohnzurückhaltung allein auf den Zwei-Jahres-Vertrag 1997/98. – ^b Dies folgt aus einer für den Zeitraum 1966 bis 1993 für Westdeutschland geschätzten Tariflohnfunktion, in der die jeweiligen Abschlüsse in der Metallindustrie und im Öffentlichen Dienst erklärt werden (Schmidt 1994: 36–40 und 50 ff.). – ^c Dies gilt an erster Stelle für die Automobilindustrie.

durchschnittlich 3,1 vH bedeutet.⁴ Hieraus folgt ein Reallohnanstieg, der ebenso wie derjenige in der Metallindustrie über das beschäftigungsneutrale Maß weit hinausgeht.⁵

Für die Lohnrunde 2000 erwarten wir deutlich niedrigere Tariflohnhebungen. Zur Jahreswende 1999/2000, wenn die ersten Pflöcke für die neuen Tarifforderungen durch die Gewerkschaften eingeschlagen werden, wird der im Verlauf von 1999 erwartete Beschäftigungsrückgang aus der amtlichen Statistik schon

⁴ Für die gesamte Laufzeit des Vertrages ergeben sich ca. 2,5 vH.

⁵ Der Sachverständigenrat (SVR 1998: 118 und Tabelle E1: 296) schätzt den Spielraum für beschäftigungsneutrale Realloohnerhöhungen, der durch die um die Beschäftigungsveränderungen bereinigte Entwicklung der Grenzproduktivität der Arbeit abgesteckt wird, für den Unternehmenssektor in den alten Bundesländern auf 1,75 vH im Jahr 1998. Im laufenden Jahr dürfte dieser Wert noch wesentlich niedriger liegen.

ablesbar, das gestiegene Arbeitsplatzrisiko der „Insider“ entsprechend evident sein. Erst vor diesem Hintergrund werden sich die Tarifparteien veranlaßt sehen, die weitere Abnahme der registrierten Arbeitslosigkeit, die dann ausschließlich auf die sich stark beschleunigende Kontraktion des Arbeitsangebots zurückzuführen ist, in einem anderen Licht als noch bei den Tarifverhandlungen dieses Jahres zu sehen. Entsprechend wird für das Tariflohn- und -gehaltsniveau auf Stundenbasis in der Gesamtwirtschaft für 2000 ein Anstieg um durchschnittlich nur noch 2,8 vH (1999: 3,5 vH) prognostiziert.⁶ Da sich der Preisauftrieb im kommenden Jahr auf 1,5 vH erhöhen wird, vermindert sich der Reallohnanstieg gegenüber 1999 von 3,1 auf 1,3 vH. Ein solches Ergebnis würde für sich betrachtet den im Jahr 2000 wegen des erneuten konjunkturellen Aufschwungs erwarteten Wiederanstieg der Beschäftigung unterstützen.

Nach dem Rückschlag: Erholung der Ausfuhr

Die Exporte von Gütern und Dienstleistungen sind im Schlußquartal des Jahres 1998 saisonbereinigt mit einer laufenden Jahresrate von 8,6 vH gesunken, nachdem sie im dritten Vierteljahr nur noch mäßig expandiert hatten. Seit sechs Jahren hat es einen vergleichbar kräftigen Rückgang nicht mehr gegeben. Während die deutschen Lieferungen nach Japan und in die südostasiatischen Krisenländer weiter sanken und die Ausfuhr nach Rußland regelrecht einbrach, wurden zuletzt auch die Verkäufe in solche Länder eingeschränkt, die zuvor noch weniger stark von der Asienkrise getroffen worden waren, insbesondere die Ausfuhr nach China, nach Taiwan und nach Brasilien. Konnten die Ausfälle in den Krisenregionen bis Mitte 1998 durch einen Anstieg der Nachfrage auf den europäischen Märkten noch mehr als ausgeglichen werden, erreichte letztere in der zweiten Jahreshälfte ihr Niveau im ersten Halbjahr nur noch knapp. Zuletzt verringerte sich auch der Absatz in die Vereinigten Staaten.

Zu Beginn dieses Jahres dürften die Exporte weiter schwach gewesen sein, zumal die Auftragseingänge im Verarbeitenden Gewerbe aus dem Ausland ein niedriges Niveau erreicht haben. Ein Anzeichen für eine baldige Erholung ist darin zu sehen, daß sich die Exporterwartungen deutscher Unternehmen zur Jahreswende verbessert haben. In der zweiten Jahreshälfte 1999 werden sich die Perspektiven für die Exporteure aufgrund der deutlich rascher steigenden Produktion in den wichtigsten Handelspartnerländern weiter aufhellen (Gern et al. 1999). Insbesondere in Euroland werden sich die konjunkturellen Auftriebskräfte wieder durchsetzen (Boss et al. 1999). Die deutschen Lieferungen außerhalb Eurolands werden auch durch die Aufwertung des Yen gegenüber der D-Mark sowie durch die zuletzt kräftige Erholung des US-Dollar stimuliert. Optimistisch stimmt

⁶ Dabei wurde für die Metallindustrie eine Tarifierhöhung von 3,5 vH und für den öffentlichen Dienst eine von 2,5 vH bei einer Laufzeit der Verträge von jeweils 12 Monaten angenommen. Effektiv ergibt sich allerdings für die Metallindustrie eine Einkommensverbesserung im Vorjahresvergleich von nur 2,5 vH ab 1. März 2000, da die nach dem alten Vertrag bis Ende Februar zu leistende Pauschalzahlung in Höhe von 1 vH des „Jahresentgeltes“ nicht Bestandteil des Tariflohnes bzw. -gehaltes je Stunde geworden ist.

ferner, daß die industrielle Erzeugung in Südkorea wieder aufwärtsgerichtet ist. Obgleich die Erholung in Asien noch fragil ist, dürften die Lieferungen in diese Region im Prognosezeitraum zunächst leicht, im Jahr 2000 dann schneller zunehmen. Insgesamt werden die Ausfuhren 1999 nur ihr Ergebnis vom Jahr 1998 erreichen, nach einem Anstieg von 5,4 vH im vergangenen Jahr. Im Jahr 2000 werden sie um reichlich 5,5 vH expandieren.

Die Einfuhren haben 1998 ihr Volumen vom Vorjahr um 6,6 vH übertroffen. Im vierten Quartal gingen sie jedoch vor allem wegen des Exporteinbruchs zurück. Im Prognosezeitraum werden sie wegen der deutlich anziehenden Verbrauchskonjunktur im Inland wieder zunehmen, wenn auch zunächst nur verhalten. Etwa ab der Jahresmitte 1999 wird sich der Anstieg bei lebhafterer Investitionstätigkeit und wiedererstarkender Ausfuhr beschleunigen. Alles in allem rechnen wir mit einem Importzuwachs von 2,5 vH für dieses und von 4,5 vH für das kommende Jahr.

Der Preisverfall auf den Rohstoffmärkten und weltweit rückläufige Erzeugerpreise prägten im vergangenen Jahr die Entwicklung der Einfuhrpreise. Im vierten Quartal unterschritt der Deflator der Einfuhr seinen Wert im entsprechenden Zeitraum des Vorjahres um 3,2 vH. Die Talfahrt der Importpreise wird gegenwärtig durch die Aufwertung des Dollar gebremst. Die Dollar-Notierungen für Rohstoffe und Halbwaren werden zunächst noch leicht sinken, danach dürften sie im Zuge der weltweiten Nachfragebelebung anziehen; auch die Erzeugerpreise werden dann wieder steigen. Alles in allem rechnen wir für den Durchschnitt dieses Jahres mit einem Rückgang der Importpreise um 1,5 vH, auf den im kommenden Jahr eine Erhöhung um 2,5 vH folgen wird.

Die Ausfuhrpreise sind seit Mitte des vergangenen Jahres rückläufig. Diese Entwicklung wird sich infolge der kräftigen Tariflohnhebungen und aufgrund allmählich steigender Preise für Rohstoffe und Vorprodukte umkehren. Die Preise für Exporte werden 1999 im Durchschnitt um 0,5 vH sinken und im Jahr 2000 um reichlich 1,5 vH anziehen. Nach zwei Jahren deutlicher Verbesserungen werden sich die Terms of trade im kommenden Jahr verschlechtern.

Ausrüstungsinvestitionen mit geringer Dynamik

Die Ausrüstungsinvestitionen sind im vergangenen Jahr sehr kräftig gestiegen. Im Vergleich zum Durchschnitt des vorangegangenen Jahres haben sie um rund 10 vH zugelegt. Maßgeblich für diese Entwicklung waren steigende Unternehmensgewinne, günstige Absatzperspektiven und eine hohe Kapazitätsauslastung, wodurch Erweiterungsinvestitionen angeregt wurden. Allerdings haben die Ausrüstungsinvestitionen im vierten Quartal des vergangenen Jahres merklich an Schwung verloren.

Für den Beginn des Jahres 1999 deuten die Frühindikatoren auf eine Fortsetzung der schwachen Entwicklung hin. Der Auftragseingang aus dem Inland im Investitionsgütergewerbe ist deutlich zurückgegangen, die Geschäftserwartungen haben sich weiter verschlechtert. Dies scheint einerseits die weltwirtschaftlichen Turbulenzen im letzten Herbst und andererseits Unsicherheiten bezüglich der künftigen Abgabenbelastungen widerzuspiegeln. In der Vergangenheit hat sich

gezeigt, daß die Geschäftserwartungen einen Vorlauf vor den Ausrüstungsinvestitionen von zwei Quartalen haben (vgl. Döpke et al. 1999). Ähnlich stark ausgeprägt war die Abnahme der Geschäftserwartungen im Sommer 1995, worauf im Winter ein spürbarer Rückgang der Investitionstätigkeit folgte. Dieser war allerdings nicht von langer Dauer, bereits im Verlauf des Jahres 1996 setzte eine deutliche Erholung bei den Ausrüstungsinvestitionen ein. Ähnlich wie damals erwarten wir eine rasche Erholung nach einer Delle bei den Investitionen im ersten Halbjahr 1999. Dafür spricht, daß die Exporterwartungen sich zuletzt wieder verbessert haben.

Vor allem sind die Rahmenbedingungen für die Investitionen weiterhin günstig. So ist die Sachkapitalrendite zur Zeit so hoch wie zuletzt während des Wiedervereinigungsbooms zu Beginn der neunziger Jahre. Die Gewinn-Erlös-Relation, wie sie vom Sachverständigenrat (SVR 1998: 284 ff.) berechnet wird, ist höher als zu irgendeinem Zeitpunkt seit Beginn der siebziger Jahre. Für den weiteren Verlauf des Jahres ist nicht mit einem Einbruch der Gewinne zu rechnen. Zwar werden die Bruttoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen in diesem Jahr in der Grundtendenz stagnieren, im nächsten Jahr werden sie aber wieder zunehmen. Die Stückgewinne werden 1999 angesichts der kräftigen Lohn erhöhungen sinken, aber auch hier ist im nächsten Jahr mit einer Erholung zu rechnen. Stützend auf die Investitionstätigkeit wirkt zudem, daß die Zinsen außerordentlich niedrig sind, was die Finanzierung von Investitionsprojekten zu attraktiven Konditionen ermöglicht und Finanzanlagen als Alternative wenig vorteilhaft erscheinen läßt. Ein deutlicher Anstieg der Zinsen im Prognosezeitraum wird nicht erwartet.

Da die Fundamente des Investitionsaufschwungs weiterhin intakt zu sein scheinen, erwarten wir nach einem schwachen Start für die zweite Jahreshälfte eine Belebung. Im Gesamtjahr 1999 werden die Ausrüstungsinvestitionen um knapp 3 vH höher sein als im Vorjahr. Diese Entwicklung wird im kommenden Jahr anhalten, die Ausrüstungsinvestitionen werden im Jahresvergleich um rund 3,5 vH zulegen.

Erholung der Bauinvestitionen in Sicht

Die Bauinvestitionen sind im vergangenen Jahr in Deutschland kräftig zurückgegangen. Der Rückgang fiel dabei in den neuen Bundesländern mit über 8 vH im Vergleich zum Jahresdurchschnitt von 1997 besonders hoch aus, aber auch in den alten Bundesländern sind die Bauinvestitionen mit knapp 3 vH im Vorjahresvergleich deutlich geschrumpft. Die Bautätigkeit ist vor allem im ersten Halbjahr des letzten Jahres eingebrochen, während sich der Rückgang im zweiten Halbjahr verlangsamte. Die Entwicklung der Auftragseingänge im Bauhauptgewerbe und die der Baugenehmigungen deuten an, daß der Tiefpunkt der Baurezession im ersten Halbjahr dieses Jahres durchschritten wird. Für das gesamte Jahr 1999 rechnen wir damit, daß die Bauinvestitionen erneut geringer sein werden als im Vorjahr, wobei dies aber vor allem auf das niedrige Niveau der Bautätigkeit am Ende des Jahres 1998 zurückzuführen ist. Im Jahr 2000 werden die Investitionen im Vergleich zum Vorjahr um rund 1 vH zunehmen (Tabelle 1).

Tabelle 1: Zur Entwicklung der Bauinvestitionen in Deutschland (vH) 1998–2000

	Anteil an den Bauinvestitionen 1998	1998 in vH	1999 ^a in vH	2000 ^a in vH
<i>Deutschland</i>				
Bauinvestitionen	100	-4,3	-0,6	1,1
Wohnungsbau	55	-3,8	0,3	1,3
Wirtschaftsbau	31	-6,0	-3,8	0,3
Staatlicher Bau	14	-2,7	2,2	2,1
<i>Westdeutschland</i>				
Bauinvestitionen	74	-2,8	0,2	2,2
Wohnungsbau	43	-1,9	1,1	2,3
Wirtschaftsbau	22	-3,7	-2,5	1,9
Staatlicher Bau	9	-4,6	2,0	2,4
<i>Ostdeutschland</i>				
Bauinvestitionen	26	-8,2	-2,9	-2,0
Wohnungsbau	12	-9,6	-2,4	-2,3
Wirtschaftsbau	9	-11,0	-6,7	-3,8
Staatlicher Bau	5	1,0	2,7	1,5

^a Prognose.

Quelle: Statistisches Bundesamt (1999), Deutsche Bundesbank (1999b), eigene Schätzungen und Prognose.

Die Erholung der Baukonjunktur wird vor allem von der Entwicklung in den alten Bundesländern getragen. In Westdeutschland werden sowohl der Wohnungsbau als auch der Wirtschaftsbau im Jahresverlauf 1999 um knapp 2,0 vH zulegen, nachdem sie im letzten Jahr geschrumpft sind. Im nächsten Jahr wird sich der Aufschwung vor allem bei den Wohnungsbauten noch leicht beschleunigen. Maßgeblich für diesen Umschwung sind zum einen die günstigen konjunkturellen Rahmenbedingungen. Für die Wohnungsbauinvestitionen sind die niedrigen Zinsen und die steigenden real verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte ausschlaggebend. Die Wirtschaftsbauinvestitionen profitieren ebenfalls von dem niedrigen Zinsniveau und werden darüber hinaus von einer vergleichsweise hohen Sachkapitalrendite gestützt. Zum anderen sind in Westdeutschland in den letzten Jahren Angebotsüberhänge bei Mehrfamilienhäusern und bei Wirtschaftsbauten absorbiert worden, welche die Bautätigkeit bislang spürbar gedämpft haben. Die Entwicklung der Baugenehmigungen spricht dafür, daß sich der Mehrgeschoßwohnungsbau auf niedrigerem Niveau stabilisieren wird, während positive Impulse vom Eigenheimbau ausgehen.

Die Entwicklung der Bauinvestitionen in den neuen Bundesländern wird hingegen auf absehbare Zeit noch von massiven Angebotsüberhängen im Bereich von Wohn- und Wirtschaftsbauten geprägt werden, was die positive konjunkturelle Grundtendenz überlagert. Der Rückgang der Bautätigkeit wird sich dort im Prognosezeitraum fortsetzen, wenn auch verlangsamt. Im Verlauf dieses Jahres wer-

den die Wohnungsbauminvestitionen um 3,5 vH und die Wirtschaftsbauminvestitionen um rund 4,5 vH abnehmen, für das nächste Jahr erwarten wir einen etwas weniger ausgeprägten Rückgang.

Nachdem die öffentlichen Bauinvestitionen in den vergangenen Jahren im Zuge der Rückführung der Budgetdefizite deutlich gesunken sind, zeichnet sich für dieses und nächstes Jahr eine Erholung ab. Maßgeblich dafür ist, daß sich die Finanzlage vor allem der Kommunen im Zuge des Konjunkturaufschwunges gebessert hat; bislang zurückgestellte Investitionsvorhaben werden nun zunehmend realisiert. Für die neuen Bundesländer kommt hinzu, daß eine Reihe von Verkehrsprojekten im Rahmen des „Programms Deutsche Einheit“ begonnen werden.

Angesichts der leichten Erholung der Baukonjunktur ist bei den Baupreisen für dieses Jahr mit einer Stagnation zu rechnen, nachdem sie in den vergangenen Jahren in der Grundtendenz zurückgegangen sind. Für das kommende Jahr erwarten wir leicht anziehende Baupreise, wobei wegen der hohen Überkapazitäten im Baugewerbe, die vor allem in den neuen Bundesländern bestehen, der Preisanstieg aber mäßig bleiben wird.

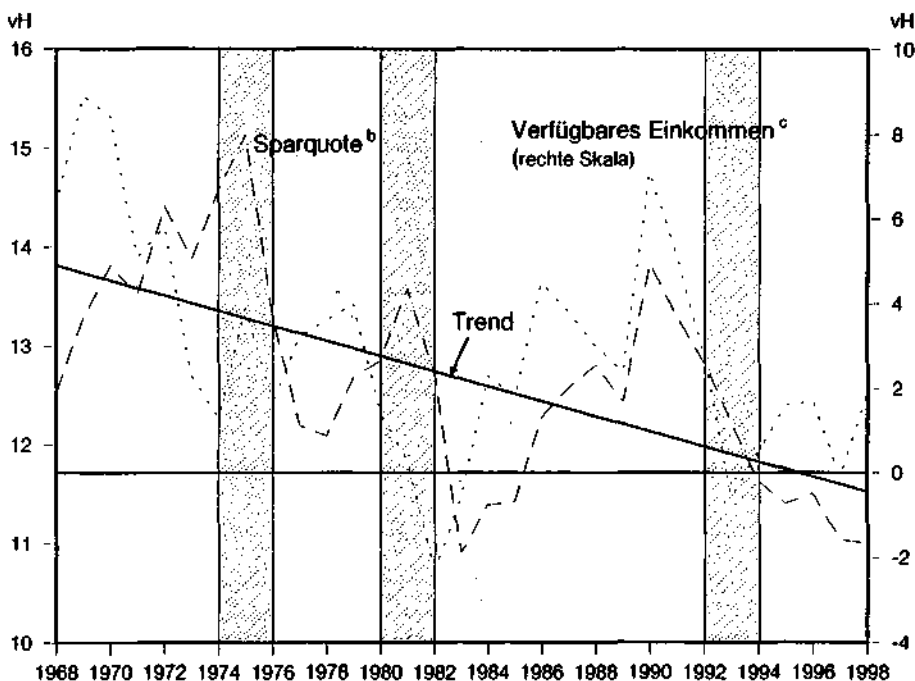
Anhaltend kräftige Expansion des privaten Verbrauchs

Im vergangenen Jahr ist der private Verbrauch real um 1,9 vH gestiegen. Gebremst wurde die Ausweitung durch die zum 1. April in Kraft getretene Anhebung der Mehrwertsteuer auf 16 vH. Die im Jahresverlauf gesunkene Arbeitslosigkeit und der weiter verlangsamte Preisniveauanstieg haben zu einem deutlich verbesserten Konsumklima geführt. Im Durchschnitt des zweiten Halbjahres 1998 nahmen die Konsumausgaben der privaten Haushalte mit einer laufenden Jahresrate von rund 3 vH zu. Dabei waren die größten Steigerungsraten bei Käufen von Personenkraftwagen und Reisen zu verzeichnen.

Insgesamt erhöhte sich der private Verbrauch ungefähr im gleichen Tempo wie das verfügbare Einkommen, so daß sich die private Sparquote auf dem im historischen Vergleich niedrigen Niveau von 11 vH stabilisierte. Obwohl damit der seit Anfang der neunziger Jahre zu beobachtende Rückgang der Sparquote gestoppt wurde, liegt sie deutlich unter ihrem langjährigen Durchschnitt (Schaubild 2). Auffällig ist insbesondere die selbst im Rezessionsjahr 1993 ungebrochene Abwärtsbewegung, die im Gegensatz zu der in den vorhergehenden Konjunkturabschwüngen feststellbaren Zunahme der Ersparnisbildung steht. Das kontinuierliche Sinken der Sparquote in den neunziger Jahren dürfte auf mehrere Faktoren zurückzuführen sein: Zunächst scheinen die privaten Haushalte fallende oder stagnierende real verfügbare Einkommen als transitorisch zu betrachten. Folglich passen sie den Konsum nur partiell an eine ungünstige Einkommensentwicklung an (Deutsche Bundesbank 1999a).⁷ Darüber hinaus dürften das seit 1995 konti-

⁷ Dahinter verbirgt sich der Wunsch der privaten Haushalte nach einer gleichmäßigen zeitlichen Verteilung des Konsums. Entscheidend ist in dieser Sicht – wie sie beispielsweise in der Lebenszyklushypothese (Ando und Modigliani 1963) zum Ausdruck kommt – nicht die kurzfristige, sondern die von den Haushalten erwartete langfristige Einkommensentwicklung.

Schaubild 2: Sparquote und real verfügbares Einkommen der privaten Haushalte in Deutschland^{a, d}



^a Bis einschließlich 1991 für Westdeutschland. - ^b In vH des verfügbaren Einkommens der privaten Haushalte. - ^c Veränderungsrate gegenüber dem Vorjahr in vH. ^d Schraffierung = Rezessionsphasen.

nuerlich gesunkene Realzinsniveau, wenn auch nur leicht angesichts einer niedrigen Zinselastizität der Ersparnis (Krämer 1995), und der bis Mitte 1998 anhaltende Vermögenszuwachs aus Aktienbesitz (Boone et al. 1998) zum Rückgang der Sparquote beigetragen haben. Schließlich muß die durch den Alterungsprozeß gekennzeichnete demographische Entwicklung beachtet werden, welche langfristig zu einer weiter sinkenden Sparquote führen dürfte (Kauffmann 1990). Für den Prognosezeitraum rechnen wir hingegen aufgrund kräftig expandierender real verfügbarer Einkommen mit einer steigenden Sparquote.

Auch im Jahr 1999 wird der private Verbrauch die Konjunktur stützen. Kräftige Lohnsteigerungen und steuerliche Entlastungen werden zu einer deutlichen Zunahme der verfügbaren Einkommen beitragen. Die Tariflohnerhöhung wird 1999 mit 3,5 vH erheblich höher ausfallen als in den vergangenen zwei Jahren. Die Nettolohn- und -gehaltssumme wird etwas stärker steigen, da die privaten Haushalte per saldo steuerlich entlastet werden. Der am 1. April wirksam werden den Anhebung der Energiesteuern stehen ab 1. Januar u.a. ein höherer Grundfreibetrag bei der Einkommensteuer und ein höheres Kindergeld sowie ab 1. April

ein niedrigerer Beitragssatz in der Rentenversicherung gegenüber. Die entnommenen Gewinne und Vermögenseinkommen werden angesichts einer verhaltenen Gewinnentwicklung deutlich langsamer expandieren als im vergangenen Jahr. Der Anstieg der empfangenen laufenden Übertragungen wird auch angesichts stärker zunehmender Renten mit 3 vH kräftiger als in der jüngeren Vergangenheit ausfallen, so daß insgesamt mit einer nominalen Steigerungsrate des verfügbaren Einkommens der privaten Haushalte von rund 3,5 vH zu rechnen ist. Allerdings dürfte das Konsumklima im Verlauf des Jahres unter der angesichts einer leicht rückläufigen Beschäftigung wieder zunehmenden Arbeitsplatzunsicherheit leiden. Bei annähernd stabilen Preisen wird der private Verbrauch um 2,8 vH steigen.

Für das Jahr 2000 ist mit einer Verlangsamung des Expansionsstempos zu rechnen. Zwar wird das nominal verfügbare Einkommen der privaten Haushalte mit knapp 3,7 vH angesichts wieder deutlich wachsender Gewinnentnahmen und Vermögenseinkommen etwas stärker als in diesem Jahr steigen. Jedoch wird die Lebenshaltung sich stärker verteuern, so daß die Zunahme des real verfügbaren Einkommens leicht zurückgeht.

Arbeitsmarkt: Beschäftigungsaufbau gerät ins Stocken

Die im Verlauf des letzten Jahres zunächst eingetretene Verbesserung am Arbeitsmarkt hat sich im Winter 1998/99 nicht fortgesetzt. Dies ist auf die vor allem durch den starken Rückgang der Exporte induzierte Konjunkturflaute zurückzuführen. Hinzu kam ein sehr früher Wintereinbruch ab Mitte November 1998, der in den Außenberufen zu vorgezogenen Entlassungen geführt hat. Dadurch kam der Beschäftigungsaufbau in Westdeutschland, der sich bis zum Frühherbst 1998 kräftig beschleunigt hatte, im November abrupt zum Stillstand. Die im Januar und Februar dieses Jahres stärker als saisonüblich gestiegene Zahl von Kurzarbeitern sowie vor allem die sprunghafte Erhöhung bei den Zugängen zur registrierten Arbeitslosigkeit aus Erwerbstätigkeit in wichtigen Bereichen des Verarbeitenden Gewerbes⁸ lassen erwarten, daß in den alten Bundesländern die saisonbereinigte Zahl der abhängig Erwerbstätigen zunächst, wie schon im November und Dezember letzten Jahres, weiter abnimmt. Dabei dürfte der Höhepunkt des Beschäftigungsabbaus erst im zweiten Quartal dieses Jahres erreicht werden, denn die Beschäftigung folgte in den Jahren nach 1995 den zyklischen Veränderungen der wirtschaftlichen Aktivität mit einer wesentlich größeren Verzögerung als früher. Mit einer erneuten, spürbaren Aufstockung der Belegschaften ist kaum vor der Jahreswende 1999/2000 zu rechnen.

In Ostdeutschland ist die verarbeitende Industrie zum Hoffnungsträger für eine Ausweitung der regulären Beschäftigung geworden. Hier dürften negative „spill-

⁸ Im Januar 1999 übertrafen die Zugänge an Arbeitslosen aus den Bereichen Maschinenbau, Elektrotechnik (einschließlich Datenverarbeitung, Feinmechanik und Optik) und Kraftfahrzeugbau ihr Vorjahresniveau um 14 vH. Gleichzeitig nahm der Zugang an offenen Stellen in diesen Sektoren um 20 vH ab.

over“-Effekte vom Verarbeitenden Gewerbe in den alten Bundesländern geplante Neueinstellungen hinauszögern oder sogar ganz unterbinden. Zudem wurde die aktive Arbeitsmarktpolitik, die 1998 die fast alleinige Stütze der Beschäftigungsausweitung war, im ersten Quartal deutlich zurückgefahren. Beides zusammen wird zunächst zu noch wesentlich stärkeren Beschäftigungsverlusten führen als in den alten Bundesländern.

Die kräftigen Tariferhöhungen der laufenden Lohnrunde werden sich, nach starken Rückgängen 1996 bis 1998, erstmals wieder in einem Anstieg der Lohnstückkosten (Westdeutschland: 1,3 vH) bzw. in einer nur noch leichten Abnahme (Ostdeutschland: -1,1 vH) niederschlagen. Das wird, angesichts weithin fehlender Überwälzungsmöglichkeiten insbesondere im Exportgeschäft, das Einstellungsverhalten der Betriebe zusätzlich negativ beeinflussen. Dennoch wird die Zahl der beschäftigten Arbeitnehmer in Gesamtdeutschland im Jahr 1999 ihren Vorjahresstand wegen positiver Überhangeffekte nicht unterschreiten (Tabelle 2).

Im Jahr 2000 wird sich die konjunkturelle Erholung fortsetzen. Die Lohnstückkosten werden in den alten Bundesländern in etwa wieder auf ihren Stand von 1998 zurückgehen, in den neuen Bundesländern werden sie sogar deutlich abnehmen. Im Verlauf des Jahres 2000 wird die Zahl der abhängig Erwerbstätigen in Gesamtdeutschland wieder leicht steigen. Die starke Expansion bei den Selbständigen und mithelfenden Familienangehörigen dürfte sich im Prognosezeitraum kaum abschwächen, was u. a. auch einer relativ erfolgreichen Politik der Arbeitsämter im Bereich der Förderung der Gründung selbständiger Existenzen durch registrierte Arbeitslose zu verdanken ist.⁹

Alles in allem wird die Zahl der abhängig Erwerbstätigen in Gesamtdeutschland im Jahr 2000 ihren Stand von 1998 nur wenig übertreffen (vgl. Tabelle 2). Dem wird allerdings ein um ein Vielfaches höherer Abbau der registrierten Arbeitslosigkeit um nahezu eine halbe Millionen Personen gegenüberstehen, da das Arbeitsangebot mit stark zunehmender Rate sinkt¹⁰ (und da sich die Angebots-schrumpfung aus konjunkturellen und strukturellen Gründen nur zu etwa einem Drittel in einer Reduzierung der stillen Reserve niederschlägt). Der weitaus größte Teil des Rückgangs des Arbeitsangebotes im Prognosezeitraum entfällt auf die alten Bundesländer. Neben dem negativen „swing“ im Wanderungssaldo bei Ausländern ist dies beim deutschen Bevölkerungsteil vor allem auf ungünstige Altersstruktureffekte, auf die trotz der Rußlandkrise fortdauernde Verringerung der Zuwanderung von deutschstämmigen Aussiedlern sowie auf absolut und besonders in Relation zur gesamten deutschen Wohnbevölkerung wachsende Entzugseffekte des Bildungssystems und des Übergangs in vorzeitige Rente wegen Arbeitslosigkeit zurückzuführen.

⁹ Zahlung von sogenanntem „Überbrückungsgeld“ (einmalige Auszahlung eines kumulierten künftigen Arbeitslosengeldanspruchs an registrierte Arbeitslose, die sich selbständig machen wollen und ein entsprechendes Konzept vorlegen können; zusätzliche Gewährung von Beratungshilfen und andere „logistische“ Unterstützung).

¹⁰ Potential an abhängigen Arbeitskräften. Die Potentialschätzung für den Stützzeitraum (1987–1998) wurde vollständig überarbeitet und in wichtigen Teilbereichen erweitert und/oder neu konzipiert. Die Prognosen für die Jahre 1999 und 2000 wurden entsprechend angepaßt.

Tabelle 2: Arbeitsmarktbilanz für Gesamtdeutschland 1997–2000 (1000 Personen)

	1997	1998	1999	2000
Deutschland insgesamt				
Beschäftigte Arbeitnehmer (Inland) (A)	30 314	30 283	30 296	30 317
Pendlersaldo	53	54	55	55
Beschäftigte Arbeitnehmer (Inländer)	30 261	30 229	30 241	30 262
Selbständige ^a	3 648	3 687	3 727	3 763
Erwerbstätige insgesamt (Inland)	33 962	33 970	34 023	34 080
Kurzarbeiter	183	115	126	117
Geschätztes Potential an abhängigen Arbeitskräften (Inland) (B)	37 040	36 914	36 574	36 278
Gesamte Arbeitslosigkeit ^b	6 726	6 631	6 278	5 961
Registrierte Arbeitslosigkeit	4 384	4 279	4 037	3 807
Stille Reserve ^c	2 342	2 352	2 241	2 154
Stille Reserve in vH der gesamten Arbeitslosigkeit	34,8	35,5	35,7	36,1
Arbeitslosenquote (vH) ^d	11,4	11,2	10,6	10,1
Westdeutschland				
Beschäftigte Arbeitnehmer (C) ^e	24 770	24 785	24 796	24 805
Selbständige ^a	3 114	3 130	3 145	3 159
Erwerbstätige insgesamt ^e	27 884	27 915	27 941	27 964
Kurzarbeiter	134	81	92	87
Geschätztes Potential an abhängigen Arbeitskräften (Inland) (D) ^e	29 942	29 819	29 577	29 339
Deutsche	26 163	26 090	25 908	25 705
Ausländer	3 779	3 729	3 669	3 634
Gesamte Arbeitslosigkeit ^f	5 172	5 034	4 781	4 534
Registrierte Arbeitslosigkeit	3 022	2 904	2 768	2 618
Stille Reserve ^c	2 150	2 130	2 013	1 916
Stille Reserve in vH der gesamten Arbeitslosigkeit	41,6	42,3	42,1	42,3
Arbeitslosenquote (vH) ^d	9,8	9,4	9,0	8,6
Ostdeutschland				
Beschäftigte Arbeitnehmer (E) ^e	5 544	5 498	5 500	5 512
in beschäftigungsschaffenden Maßnahmen insgesamt (BSM)	235	315	455	431
in allgemeinen Arbeitsbeschaffungs- maßnahmen (ABM)	155	152	218	194
in Struktur Anpassungsmaßnahmen (SAM)	80	163	237	237
Selbständige	534	557	582	604
Erwerbstätige insgesamt ^e	6 078	6 055	6 082	6 116
Kurzarbeiter	49	34	34	30
Geschätztes Potential an abhängigen Arbeitskräften (F) ^e	7 098	7 095	6 997	6 939
Gesamte Arbeitslosigkeit ^g	1 554	1 597	1 497	1 427
Registrierte Arbeitslosigkeit	1 363	1 375	1 269	1 189
Stille Reserve ^c	191	222	228	238
Stille Reserve in vH der gesamten Arbeitslosigkeit	12,3	13,9	15,2	16,7
Arbeitslosenquote (vH) ^d	18,3	18,5	17,3	16,3

^a Einschließlich mithelfender Familienangehöriger. – ^b (B)–(A). – ^c Im engeren Sinne, d.h. vor allem ohne Teilnehmer an Vollzeitmaßnahmen der aktiven Arbeitsmarktpolitik wie beispielsweise Fortbildung und Umschulung, Sprachkursen oder Rehabilitationsmaßnahmen zur Wiedereingliederung ins Berufsleben. Nicht zum Potential und damit nicht zur stillen Reserve werden auch die Bezüher von Altersübergangsgeld (Ost), von Renten wegen Arbeitslosigkeit im erwerbsfähigen Alter (60–64 Jahre) sowie Empfänger von Arbeitslosengeld wegen vorzeitigem Ausscheiden aus dem Erwerbsleben gemäß § 428 SGB III gezählt. (Diese werden nicht mehr als Arbeitslose geführt, da sie für die Arbeitsvermittlung als nicht mehr voll verfügbar gelten). – ^d Registrierte Arbeitslose in vH der Summe aus den Erwerbstätigen im Inland und den registrierten Arbeitslosen. – ^e Inlandskonzept. – ^f (D)–(C). – ^g (F)–(E).

Quelle: Bundesanstalt für Arbeit (1998), Statistisches Bundesamt (1995; 1997; 1998a; 1998b; lfd. Jgg.), eigene Berechnungen und Schätzungen.

Daß auch in Ostdeutschland im Jahr 2000 die Zahl der abhängig Beschäftigten wieder etwas steigt, beruht nicht wie im vergangenen Jahr auf einer massiven Ausweitung der aktiven Arbeitsmarktpolitik. Insbesondere die „beschäftigungsschaffenden Maßnahmen“ (BSM) dürften nach der Jahreswende 1999/2000 von einem sehr hohen Niveau aus allmählich zurückgeführt werden.¹¹ Vielmehr wird erwartet, daß sich die Erholung der westdeutschen Konjunktur nach Mitte 1999 in zusätzlichen Anstößen für den Sektor des Verarbeitenden Gewerbes und der produktionsnahen Dienstleistungen Ostdeutschlands niederschlägt. Außerdem dürfte sich der Beschäftigungsabbau im öffentlichen Dienst der neuen Länder weiter verringern, da in vielen Bereichen die letztlich noch aus der Vorwendzeit stammenden, personellen Überbesetzungen in erheblichem Maße reduziert oder bereits ganz beseitigt worden sind. Auch wird die Rate der Freisetzung von Arbeitskräften im Zuge der Strukturbereinigungskrise im Bauhauptgewerbe mehr und mehr abnehmen. Unter diesen Voraussetzungen kommt es im Jahr 2000 zu einer Zunahme der Zahl der abhängig Beschäftigten in Ostdeutschland um gut 10 000 Personen bzw. um 0,2 vH. Der positive Aspekt dieser Prognose für den ostdeutschen Arbeitsmarkt ist darin zu sehen, daß die reguläre (abhängige) Beschäftigung bei sinkenden BSM um ein Mehrfaches stärker wachsen wird (um fast 40 000 Personen bzw. um gut 0,7 vH).

Ausblick: Auftriebskräfte setzen sich wieder durch

Die gesamtwirtschaftliche Situation im Winter 1999 wird dominiert von den Auswirkungen der Krisen in verschiedenen Regionen der Welt. Ein wesentlicher Teil jener Faktoren, die zum Nachlassen der Konjunktur geführt haben, ist nach unserer Einschätzung allerdings temporärer Natur. Deshalb droht Deutschland kein Abrutschen in die Rezession. Die Rahmenbedingungen für die wirtschaftliche Aktivität bleiben günstig. Die Geldpolitik wirkt weiter stützend. Die EZB wird das Zinsniveau auf dem gegenwärtigen niedrigen Niveau halten und damit die Nachfrage sowohl in Deutschland als auch bei den Handelspartnern in Euroland stimulieren. Die Finanzpolitik verfolgt einen leicht anregenden Kurs. Bei den Handelspartnern in Europa, die insgesamt weniger stark von der konjunkturellen Abschwächung betroffen waren, zeigen sich erste Anzeichen für eine Aufwärtsbewegung (Gern et al. 1999). In Südostasien sind Signale einer Erholung zu erkennen. Zudem stärkt die aktuelle Wechselkursentwicklung die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Exporteure. Mit der Abnahme der Unsicherheit über den Fortgang der wirtschaftlichen Entwicklung werden die Unternehmen wieder vermehrt investieren, zum Teil auch ausgesetzte Investitionsvorhaben nachholen.

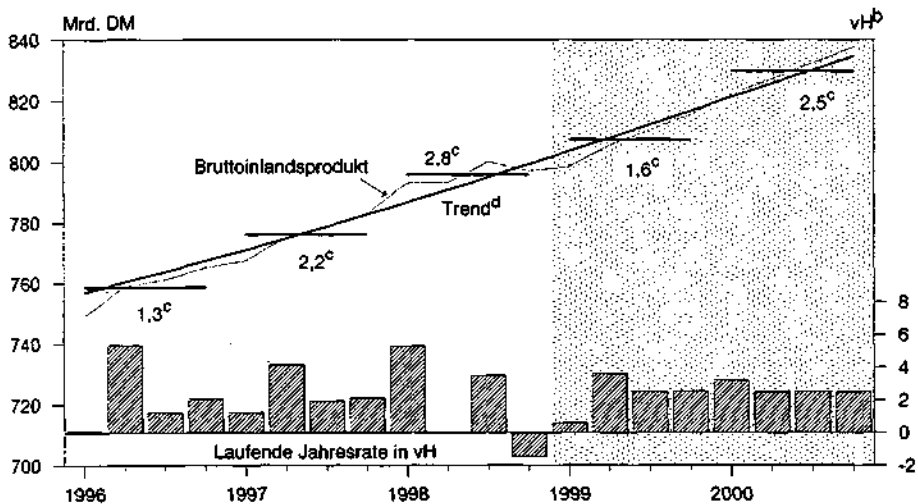
¹¹ Nach einer Zunahme von 410 000 Personen im ersten Quartal 1999 bis auf 485 000 Personen im vierten Quartal 1999 wurde für die BSM bis zum Ende des Jahres 2000 (viertes Quartal) eine Verringerung auf knapp 400 000 Personen angenommen. Der im Verlauf von 1999 unterstellte Anstieg der BSM dürfte als „Auffangnetz“ für die erwarteten Einbußen bei der regulären Beschäftigung insbesondere bis zum Spätsommer erforderlich werden, die sich u. a. als Folge der bereits erwähnten, negativen „spill-over“-Effekte seitens der westdeutschen Exportkonjunktur ergeben.

Belastet wird die Erholung freilich durch den Anstieg der Arbeitskosten. Die Lohnkosten je Produkteinheit werden im laufenden Jahr um knapp 2 vH zunehmen, nachdem sie in den Jahren 1997 und 1998 um insgesamt fast 3 vH zurückgegangen waren und damit wesentlich zum Konjunkturaufschwung und zuletzt auch zur Entlastung des Arbeitsmarktes beigetragen haben. Erweiterungsinvestitionen, die bei moderater Lohnentwicklung rentabel gewesen wären, verlieren damit ihre Attraktivität und werden nicht durchgeführt. Die Unternehmen werden den im Jahr 1998 begonnen Beschäftigungsaufbau nicht fortsetzen.

In den ersten Monaten des laufenden Jahres entwickelt sich die gesamtwirtschaftliche Produktion noch zurückhaltend (Schaubild 3). Im Frühjahr gewinnen dann allerdings die Auftriebskräfte wieder die Oberhand. Aufgrund des niedrigen Niveaus zu Beginn des Jahres wird das reale Bruttoinlandsprodukt 1999 mit 1,6 vH insgesamt deutlich langsamer zunehmen als 1998 (Tabelle 3). Im Jahr 2000 wird eine Zuwachsrate erreicht werden, die mit 2,5 vH leicht oberhalb der des Produktionspotentials liegt.

Das Preisklima bleibt vorerst ruhig. Der durch die Asienkrise ausgelöste Rückgang der Importpreise wird 1999 zunächst noch anhalten. Im weiteren Verlauf des Jahres nehmen die Rohstoffpreise und später auch die Einfuhrpreise mit der etwas anziehenden Weltkonjunktur wieder zu. Auch werden sich die deutlich höheren Tariflöhne sowie die Erhöhung der Steuern auf Mineralöl, Heizöl, Strom und Gas zum 1. April 1999 niederschlagen. Für das laufende Jahr rechnen wir mit einer Inflationsrate von 0,4 vH. Im Jahr 2000 wird der Preisauftrieb verstärkt durch die Effekte der zum April 2000 von uns erwarteten Erhöhung der Mehrwertsteuer. Insgesamt werden die Verbraucherpreise um 1,5 vH steigen.

Schaubild 3: Reales Bruttoinlandsprodukt^a in Deutschland



^aSaison- und arbeitstäglich bereinigt. - ^bVeränderung gegenüber dem Vorquartal auf Jahresrate hochgerechnet. - ^cVeränderung gegenüber dem Vorjahr in vH. - ^dBerechnet mit Hilfe eines Hodrick-Prescott-Filters. - ^eAb 1999 I, Prognose.

Tabelle 3: Eckdaten zur wirtschaftlichen Entwicklung in Deutschland 1998–2000

	Westdeutschland			Ostdeutschland			Bundesrepublik Deutschland		
	1998	1999 ^a	2000 ^a	1998	1999 ^a	2000 ^a	1998	1999 ^a	2000 ^a
Bruttoinlandsprodukt ^b	2,8	1,5	2,4	2,0	2,3	2,8	2,8	1,6	2,5
Erwerbstätige ^c	-0,1	0,1	0,1	-0,4	0,5	0,5	0,0	0,2	0,2
Beschäftigte Arbeitnehmer ^c	0,1	0,0	0,0	-0,8	0,0	0,2	-0,1	0,0	0,1
Arbeitslose (1000)	2904	2768	2618	1375	1269	1189	4279	4037	3807
Arbeitslosenquote ^d	9,4	9,0	8,6	18,5	17,3	16,3	11,2	10,6	10,1
Finanzierungssaldo des Staates ^e (Mrd. DM)	-79	-90	-90
In vH des Bruttoinlandsprodukts	-2,1	-2,3	-2,3
Öffentliche Schulden in Relation zum Bruttoinlandsprodukt ^f	61,1	61,8	61,6
Leistungsbilanzsaldo (Mrd. DM)	-15,8	-21	-17
Verbraucherpreise ^g	0,9	0,4	1,5	1,1	0,7	1,7	1,0	0,4	1,5

^a Prognose. – ^b In konstanten Preisen, Veränderung gegenüber dem Vorjahr in vH. – ^c Im Inland, Veränderung gegenüber dem Vorjahr in vH. – ^d Arbeitslose in vH der Erwerbspersonen im Inland. – ^e In der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen. – ^f Abgrenzung gemäß dem Vertrag von Maastricht. – ^g Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte, Veränderung gegenüber dem Vorjahr in vH.

Quelle: Statistisches Bundesamt (1999).

Summary

Slowdown of Economic Activity in Germany Only Temporary

Economic activity has slowed down in Germany since last summer. Real quarter-to-quarter GDP fell at an annual rate of 1.5 percent in the last quarter of 1998. The contraction in the west was more severe than in the east. Since manufacturing orders and the business climate index have further declined since the beginning of the new year, industrial production will only grow slightly, if at all, in the first months of 1999.

Main cause of the economic slowdown is the reduction in foreign demand that came along with the ongoing crises in parts of the world economy. Real exports fell at an annual rate of 8.6 percent in the fourth quarter, after having grown only weakly in the preceding three months. This has been the sharpest reduction in six years. While shipments to Japan and to South-East-Asia continued to fall and those to Russia decreased sharply, exports to countries which hitherto had not been hit

severely by the crisis, such as China, Taiwan and Brazil, also started to decline and export growth to western Europe was too modest to make up for these losses. Finally, even the United States reduced its demand for German products. At the same time, domestic investment in machinery and equipment stagnated as a reflex to weak foreign demand and uncertainty regarding the future course of the new government's economic policy and the results of the up-coming wage negotiations.

On the labor market, imbalances narrowed in the course of 1998. Unemployment fell from a rate of 11.7 percent in February 1998 to 10.7 percent in February 1999. In recent months, however, job growth stalled, both because of the early start of the winter and because of reduced labor demand in manufacturing.

Outlook: Expansionary Forces Will Dominate

Since most of the factors which caused the current slowdown are of temporary nature, a recession in Germany is quite unlikely. The underlying conditions for a continuing upswing in 1999 and 2000 remain favorable. Monetary policy is supportive; short-term interest rates will remain on their current low level. Fiscal policy is also expansionary. In Europe, growth will pick up in the first half of the year and there are also signs of a recovery in South-East-Asia. The current weakness of the euro against the dollar increases the price competitiveness of German exporters. And as economic uncertainties decline in the course of the year, firms will also start investing again. A burden for the recovery, however, is the increase in wages, that has recently been agreed upon as it makes unattractive a number of investments that had been profitable with lower labor costs. The increase in employment that started in 1998 will not be continued.

Aggregate production growth will be weak in the first months of 1999. In the second quarter, however, expansionary forces will start to dominate again. Due to the low level at the beginning of the year real GDP will only expand by 1.6 percent – significantly slower than in 1998. In 2000 growth will accelerate to 2.5 percent.

Wage Increases Jeopardize Employment

The wage settlement in the metal industry comprises an increase in wages in 1999 by 4.2 percent. Given the low expected price increases for the current year, this implies a nearly 4 percent rise of real labor costs. This figure is well above productivity growth and makes cuts in employment even more likely than they already are due to the current slowdown of activity. Unit labor costs will increase slightly after having fallen in 1997 and 1998. Rising short time work and the jump in the inflow of registered unemployment indicate that employment will decline in the course of 1999. As employment follows production with a lag, job losses can be expected to peak in summer. In 2000, employment growth will pick up again, due to the expansion of economic activity and the reduction of unit labor costs to their 1998 level.

Literaturverzeichnis

- Ando, A., und F. Modigliani (1963). The Life Cycle Hypothesis of Saving. *American Economic Review* 53: 55–84.
- BMF (Bundesministerium der Finanzen) (1999). *Neue Wege zu mehr Beschäftigung. Jahreswirtschaftsbericht der Bundesregierung 1999*. Bonn.
- Boone, L., C. Giorno und P. Richardson (1998). Stock Market Fluctuations and Consumption Behaviour: Some Recent Evidence. Working Papers 208. OECD Economics Department, Paris.
- Boss, A., K.-J. Gern, C.-P. Meier, J. Scheide und M. Schlie (1999). Für potentialorientierte Geldpolitik und Steuerwettbewerb in Euroland. *Die Weltwirtschaft*, in diesem Heft.
- Bundesanstalt für Arbeit (1998). Arbeitsmarkt 1997. *Amtliche Nachrichten der Bundesanstalt für Arbeit* 46 (Sondernummer), 12. Juni. Nürnberg.
- Deutsche Bundesbank (1999a). Zur Entwicklung der privaten Vermögenssituation seit Beginn der neunziger Jahre. *Monatsberichte* 51 (1): 33–50.
- (1999b). *Saisonbereinigte Wirtschaftszahlen*. Frankfurt am Main.
- Döpke, J., U. Fritsche, J. Gottschalk, E. Langmantel, B. Loose und C. Schumacher (1999). Indikatoren zur Prognose der Investitionen in Deutschland. Kieler Arbeitspapiere 906. Institut für Weltwirtschaft, Kiel.
- Gern, K.-J., J. Gottschalk, C. Kamps, J. Scheide, M. Schlie und H. Strauß (1999). Geringe Dynamik der Weltwirtschaft. *Die Weltwirtschaft*, in diesem Heft.
- Kauffmann, B. (1990). Savings Behavior of Private Households in the United States and West Germany. *Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik* 207: 97–108.
- Krämer, J. W. (1995). Die Auswirkungen der Finanzpolitik auf den privaten Verbrauch im Jahr 1996. *Die Weltwirtschaft* (4): 417–430.
- Schmidt, R. (1994). *Tariflohnbestimmungen im IfW-Modell für Westdeutschland 1966–1993. Schätzungen auf der Basis von Lohnrunden in der Metallindustrie und im Öffentlichen Dienst*. Kieler Studien 266. Tübingen.
- Statistisches Bundesamt (1995). *Im Blickpunkt: Ausländische Bevölkerung in Deutschland*. Stuttgart.
- (1997). *Strukturdaten für die ausländische Bevölkerung*. Stuttgart.
- (1998a). *Wirtschaft und Statistik*. Stuttgart.
- (1998b). *Statistisches Jahrbuch für Deutschland*. Stuttgart.
- (1999). *Wirtschaft und Statistik*. Stuttgart.
- (Hrsg.). *Fachserie 1: Bevölkerung und Erwerbstätigkeit, Reihe 2: Ausländische Bevölkerung*. Stuttgart.
- SVR (Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung) (1998). *Vor weitreichenden Entscheidungen. Jahresgutachten 1998/99*. Stuttgart.